

# Antrag So001: Für einen starken, solidarischen und zukunftsorientierten Sozialstaat

Laufende Nummer: 394

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (BuVo)
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	So - Sozialpolitik
Verantwortlicher Vorstandsbereich:	Stellvertretender Vorsitzender

- 1 **Unsere Anforderungen an Alterssicherung, Gesundheits- und Pflegepolitik,**  
 2 **Arbeitsschutz und bezahlbares Wohnen**

## 3 **Soziale Selbstverwaltung sichern**

4 Die **soziale Selbstverwaltung** ist eine **tragende Säule** der deutschen **Sozialversicherung**  
 5 und **prägender Bestandteil** der **Mitbestimmung** der **Versicherten** und **Beitragszahlenden**.

6 In den vergangenen Jahren gab es seitens der Politik insbesondere in der  
 7 Krankenversicherung immer wieder Angriffe auf das Prinzip der sozialen  
 8 Selbstverwaltung.

9 Die EVG setzt sich dafür ein, dass weitere Angriffe auf die Selbstverwaltung in aller  
 10 Entschiedenheit verhindert werden. Die **Mitwirkung** der **Versicherten** in der sozialen  
 11 Selbstverwaltung darf **nicht angetastet** werden. Die soziale Selbstverwaltung ist für  
 12 uns ein entscheidendes Instrument zur Sicherstellung der Einflussnahme von  
 13 Versicherteninteresse auf sozialpolitische Entscheidungen. Eine **Stärkung** der  
 14 **Selbstverwaltungsorgane** mitsamt der ihnen übertragenen Funktionen und Kompetenzen ist  
 15 **notwendig**, um ein effizientes und gerechtes Wirken des Sozialstaats zu gewährleisten.

## 16 **Für eine starke gesetzliche Rente**

17 Die EVG setzt sich weiter **für eine Rente** ein, die **allen im Alter ein Leben in Würde**  
 18 **ermöglicht**. Dafür muss die **gesetzliche Rente als wichtigste Säule der Alterssicherung**  
 19 **zukunftsfest** ausgestaltet und verbessert werden.

20 Zur Absicherung im Alter fordern wir eine **Stabilisierung des aktuellen Rentenniveaus**  
 21 **bei 48 Prozent und darüber hinaus in einem weiteren Schritt eine Anhebung auf**  
 22 **mindestens 50 Prozent**. Wir begrüßen als wichtigen Schritt, dass SPD, Bündnis90/Die  
 23 Grünen und FDP im Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 festgeschrieben haben, das  
 24 Mindestrentenniveau von 48 Prozent dauerhaft zu sichern und dabei auf die Definition  
 25 vor der kürzlich durchgeführten Statistikrevision – also nicht auf das durch  
 26 Statistikeffekte künstlich erhöhte Rentenniveau – abzustellen.

27 Den von der Ampelkoalition geplanten **Einstieg in eine teilweise Kapitaldeckung der**  
 28 **gesetzlichen Rentenversicherung lehnen wir ab**. Sichertgestellt werden muss von der

29 Politik, dass es bei einer aus dem Bundeshaushalt finanzierten Rücklage für die  
30 Sicherung des Rentenniveaus im umlagefinanzierten Rentensystem bleibt. Beim Aufbau  
31 des Kapitalstocks muss ein Einsatz von Beitragsmitteln der Rentenversicherung  
32 zulasten der Versicherten ausgeschlossen werden. Klar ist für die EVG auch: Es darf  
33 **auf keinen Fall die Einführung einer „Aktienrente“ durch die Hintertür zulasten der**  
34 **Beschäftigten geben!**

35 **Die Renten müssen wie die Löhne steigen**, was auch künftigen Rentenbeziehenden  
36 zugutekommt. Deshalb lehnen wir die von der Koalition vorgesehene **Wiedereinsetzung**  
37 **des sogenannten Nachholfaktors** bei der Rentenanpassung ab. Die Niveausicherung muss  
38 vorrangig gewährleistet werden und es darf kein „Ausgleichsbedarf“ für Folgejahre  
39 aufbewahrt werden.

40 Bereits die „Rente mit 67“ war ein politischer Fehler. Es darf **keine weitere Erhöhung**  
41 **der Regelaltersgrenze** geben. Dafür haben sich die Gewerkschaften in der  
42 Rentenkommission der Bundesregierung erfolgreich stark gemacht. Wir begrüßen, dass  
43 sich die Koalition darauf festgelegt hat, dass es keine Anhebung des gesetzlichen  
44 Renteneintrittsalters gibt.

45 **Die Altersrente für besonders langjährig Versicherte ohne Abschläge** ist eine  
46 Anerkennung der Lebensleistung der Versicherten, die mindestens 45 Jahre lang in die  
47 gesetzliche Rente eingezahlt haben. Die schrittweise Anhebung der Altersgrenze von 63  
48 auf 65 Jahre stellt eine Benachteiligung später Geborener dar. Es muss einen  
49 **dauerhaften Rentenzugang ohne Abschläge mit 63 Jahren und nach mindestens 45**  
50 **Beitragsjahren** für alle Generationen geben.

51 **Beschäftigte, die jahrzehntelang unter enormen Belastungen arbeiten müssen**, können  
52 aufgrund ihrer anstrengenden Tätigkeit oft nicht bis zum Erreichen der  
53 Regelaltersgrenze oder der erforderlichen 45 Beitragsjahre arbeiten. Deshalb fordern  
54 wir, dass Beschäftigte, die 20 Jahre oder länger in unregelmäßigem Schicht- und  
55 Wechseldienst gearbeitet haben, mit **63 Jahren abschlagsfrei in Rente** gehen können.

56 Wenn Beschäftigte keine Möglichkeit haben, vorzeitig abschlagsfrei in Rente zu gehen,  
57 müssen sie je nach Renteneintritt hohe Abschläge auf ihre Rente hinnehmen. Für  
58 **Erwerbszeiten mit hoher Arbeitsbelastung** (mind. 10 Jahre Wechseldienst, regelmäßige  
59 Nachtarbeit bzw. Tätigkeit mit Erschwerniszulage) fordern wir die Möglichkeit zu  
60 schaffen, **Arbeitgeber zu zusätzlichen Rentenversicherungsbeiträgen zu verpflichten**.  
61 Diese Beiträge können dann eingesetzt werden, um für diese Kolleg:innen bei einem  
62 früheren Renteneintritt Abschläge auszugleichen.

63 Gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften setzen wir uns deshalb auch dafür ein,  
64 dass **pflichtversicherte Erwerbstätige bessere und flexiblere Möglichkeiten** erhalten,  
65 **zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung** einzuzahlen, die von  
66 Versicherten wie auch von ihren Arbeitgebern finanziert werden können. Dabei dürfen  
67 die zusätzlichen Beiträge keine unmittelbare Wirkung auf den Beitragssatz zur  
68 Rentenversicherung entfalten und müssen gesondert neben der Nachhaltigkeitsrücklage  
69 ausgewiesen werden.

70 Die von vielen Kolleg:innen im DB-Konzern am Ende ihres Berufslebens in Anspruch  
71 genommene **„Besondere Teilzeit im Alter“ im Rahmen des DemografieTV** hat sich als gute

72 Übergangsmöglichkeit in den dritten Lebensabschnitt bewährt. Sie gilt aktuell bis zum  
73 31. Dezember 2022. Die EVG soll sich gegenüber dem Arbeitgeber **für eine weitere**  
74 **Verlängerung der „Besonderen Teilzeit im Alter“** einsetzen.

75 Die **gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung**  
76 **weiterentwickelt werden, in der alle Erwerbstätigen abgesichert sind**, und die auch  
77 alle Selbständigen, Abgeordnete und neue, noch zu ernennende, Beamt:innen mit  
78 einbezieht.

79 Für mehr Gerechtigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung müssen die 2014 und  
80 2019 erfolgten **Verbesserungen für Erwerbsminderungsrenten gleichwertig auf alle**  
81 **Bestandsrenten übertragen** werden, damit alle Erwerbsgeminderten von den verlängerten  
82 Zurechnungszeiten profitieren können. Wir begrüßen, dass die Koalition diese  
83 langjährige Forderung der DGB-Gewerkschaften umsetzen will.

84 Wir haben uns in den vergangenen Jahren intensiv **für die Einführung der Grundrente**  
85 **eingesetzt**, die seit 2021 gesetzlich gilt. Von ihr profitieren rund 1,3 Millionen  
86 Menschen, die trotz langjähriger Arbeit bzw. aufgrund von Kindererziehung und Pflege  
87 nur niedrige Rentenansprüche haben. Aufgrund des schwierigen Kompromisses von CDU,  
88 CSU und SPD sehen wir **deutlichen Verbesserungsbedarf**. Insbesondere fordern wir, dass  
89 für die **Grundrentenzeiten alle rentenrechtlichen Zeiten** – zumindest Zurechnungszeiten  
90 bei Erwerbsminderungsrenten und Hinterbliebenenrenten sowie Zeiten der  
91 Arbeitslosigkeit – für die Wartezeit von 33 Jahren anzurechnen sind, um zumindest dem  
92 Grunde nach Anspruch auf Grundrente und die Freibeträge zu haben.

93 Der gesetzlichen Rentenversicherung wurden immer wieder **milliardenschwere**  
94 **sozialpolitische und gesamtgesellschaftliche Aufgaben** übertragen, die **nicht**  
95 **beitragsgedeckt** sind und die Rentenkasse enorm belasten. Dazu zählen insbesondere die  
96 sogenannte Mütterrente sowie der West-Ost-Transfer in der Rentenversicherung. Wir  
97 fordern eine eindeutige gesetzliche **Abgrenzung und Ausweisung versicherungsfremder**  
98 **bzw. nicht beitragsgedeckter Leistungen** und die **Finanzierung aus Steuermitteln**.

99 Die gesetzlichen Renten werden mit einem stetig steigenden Anteil steuerpflichtig.  
100 Wie der Bundesfinanzhof im Mai 2021 klargestellt hat, muss der Gesetzgeber eine  
101 **Zweifachbesteuerung bei Renten in jedem Fall vermeiden**. Die Rentenfreibeträge müssen  
102 so ausgestaltet werden, dass es zu **keiner Doppelbesteuerung** bei jetzigen und  
103 künftigen Rentner:innen kommt. Wir begrüßen, dass die Koalition den Vollabzug der  
104 Rentenversicherungsbeiträge als Sonderausgaben auf das Jahr 2023 vorziehen, vor allem  
105 aber den **Übergangszeitraum zur vollständigen nachgelagerten Besteuerung statt bis**  
106 **2040 bis zum Jahr 2060 ausweiten** will. Aus unserer Sicht sollte die volle Besteuerung  
107 der Renten allerdings frühestens 45 Jahre nach dem ersten Kalenderjahr der vollen  
108 Absetzbarkeit der Rentenbeiträge greifen. Zudem ist eine **erleichterte Beweisführung**  
109 **für steuerpflichtige Rentner:innen** vorzusehen, die vermuten, von einer  
110 Zweifachbesteuerung betroffen zu sein.

111 Zur **Erleichterung für Senior:innen** sollte die Steuerabführung künftig direkt durch  
112 die Rentenversicherungsträger (mit Abwahlmöglichkeit) erfolgen und bundesweit die  
113 Möglichkeit einer **vereinfachten Einkommensteuererklärung** unter Berücksichtigung von  
114 steuerlich absetzbaren Kosten geschaffen werden.

115 Damit Rentner:innen aufgrund von Rentenerhöhungen nicht in die Steuerpflicht fallen,  
116 muss der zu Rentenbeginn **einmalig festgelegte steuerfreie Rentenfreibetrag**  
117 **entsprechend der jährlichen Rentenanpassung dynamisiert** werden.

118 Wenn Verwitwete eigene Einkünfte aus Berufstätigkeit, Rente oder Vermögen haben,  
119 werden diese auf die Hinterbliebenenrente angerechnet. Der Freibetrag für die  
120 Einkommensanrechnung (das 26,4fache des aktuellen Rentenwerts) beträgt derzeit  
121 lediglich 902,62 Euro (West) und 883,61 Euro (Ost). Wir fordern, dass der **Freibetrag**  
122 **für die Einkommensanrechnung bei Bezug von Hinterbliebenenrente** an Verwitwete  
123 **deutlich erhöht** wird.

## 124 **Für eine gute betriebliche Altersvorsorge**

125 Die EVG setzt sich weiterhin **für eine gute betriebliche Altersvorsorge für die**  
126 **Kolleg:innen im Organisationsgebiet** ein. Wir fordern, dass die **betriebliche**  
127 **Altersvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Rente politisch gestärkt und**  
128 **entsprechend gefördert** wird.

129 Zusammen mit den anderen DGB-Gewerkschaften fordern wir dazu insbesondere, einen  
130 **verpflichtenden Arbeitgeberbeitrag zur betrieblichen Altersvorsorge** einzuführen.

131 Die vom Arbeitgeber **eingesparten Sozialversicherungsbeiträge im Rahmen der**  
132 **Bruttoentgeltumwandlung** der Arbeitnehmer:innen sind für die Altersvorsorge der  
133 Beschäftigten **voll weiterzugeben**.

134 Die **Einkommensgrenze zur Förderung einer arbeitgeberfinanzierten betrieblichen**  
135 **Altersvorsorge für Geringverdienende** (bAV-Förderbetrag nach § 100 EstG) ist anhand  
136 der Lohnentwicklung zu **dynamisieren**.

137 Das Vorhaben der Koalition, die **Umsetzung des sogenannten Sozialpartnermodells** zu  
138 forcieren, **sehen wir sehr kritisch**. Wir lehnen eine flächendeckende Einführung dieser  
139 Zusageart der reinen Beitragszusage ab, die keine Leistungsgarantien vorsieht und  
140 damit ein **einseitiges Risiko für die Arbeitnehmenden** bedeutet. Das  
141 Sozialpartnermodell muss in jedem Fall tarifexklusiv – also unter dem **Vorbehalt der**  
142 **Gewerkschaften** – bleiben.

143 Ebenso lehnen wir eine **Pflichtvorsorge im Rahmen der privaten Altersvorsorge**  
144 (sogenanntes Obligatorium) ab. Dies **ginge klar zulasten der Arbeitnehmenden**, die  
145 gezwungen wären, ohne Arbeitgeberbeteiligung zusätzlich für das Alter zu sparen. Ein  
146 derartiges Obligatorium würde sich zudem negativ auf die Verbreitung der  
147 betrieblichen Altersvorsorge und ihrer bestehenden Systeme auswirken.

148 Die **Einführung der digitalen Rentenübersicht** soll schnellstmöglich und vollumfänglich  
149 umgesetzt werden. Sie muss eine **verständliche und gut nachvollziehbare Übersicht** für  
150 die Arbeitnehmenden über ihre zu erwartenden Altersversorgungsleistungen in allen  
151 drei Säulen der Alterssicherung bieten.

152 Mit dem **GKV-Betriebsrentenfreibetrag** wurde ab dem 1.1.2020 die seit dem Jahr 2004  
153 bestehende, ungerechte **Doppelverbeitragung von Betriebsrenten** zumindest teilweise  
154 entschärft. Wir fordern aber die **gänzliche Abschaffung der Doppelverbeitragung von**  
155 **Betriebsrenten** und eine **Rückkehr zur hälftigen Verbeitragung in der gesetzlichen**

156 **Krankenversicherung**, bei gleichzeitigem Erhalt des bestehenden GKV-  
157 Betriebsrentenfreibetrags. Die **Finanzierung** des GKV-Betriebsrentenfreibetrags und  
158 Rückkehr zur hälftigen Verbeitragung in der gesetzlichen Krankenversicherung muss **aus**  
159 **Steuermitteln** erfolgen.

## 160 **Für eine solidarische, zukunftsorientierte Gesundheitspolitik**

161 Wie wichtig eine verlässliche, gute und leistungsfähige Gesundheitsversorgung ist,  
162 hat uns die Corona-Pandemie vor Augen geführt. Das finanzielle Fundament einer guten  
163 Versorgung wurde jedoch in den vergangenen Jahren destabilisiert, unter anderem durch  
164 ausgabenintensive Reformen. Die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) befinden sich in  
165 einer finanziellen Schieflage.

166 Es braucht einen Systemwechsel hin zu einem Versicherungssystem mit  
167 einkommensabhängigen Beiträgen und beitragsunabhängigen Leistungen für alle  
168 Bürger:innen. Für die **EVG** kann eine **gerechte** und **zukunftsste** **Finanzierung** der  
169 gesetzlichen **Krankenversicherung** nur mit einer **sozialen Bürgerversicherung** gesichert  
170 werden. In diese sind auch neue **Beam:t:innen** und **Selbstständige** einzubeziehen.

171 Weitere Reformmaßnahmen zur Finanzstabilisierung sind notwendig und müssen schnellst  
172 möglichst konkretisiert und umgesetzt werden. Die **EVG** setzt sich dafür ein, dass die  
173 **Versichertengelder wieder** für die **Versicherten genutzt** und **nicht** mehr als  
174 **Verfügungsmasse** für **gesamtgesellschaftliche Aufgaben** verwendet werden. Der  
175 Gesetzgeber muss die politischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen  
176 schaffen, so dass die Kosten für notwendige Maßnahmen zum Beispiel für die  
177 Pandemiebekämpfung und den Seuchenschutz von der Gesamtgesellschaft und nicht allein  
178 von der Solidargemeinschaft GKV getragen werden.

179 Der **Bundeszuschuss** zur **Finanzierung** des **Defizits** der **gesetzlichen Krankenversicherung**  
180 muss **erhöht** werden. Die **EVG** und der **DGB** fordern zur kurz- und mittelfristigen  
181 Stabilisierung der GKV die kurzfristigen Finanzierungslücken durch entsprechende  
182 Erhöhungen des Bundeszuschusses zu decken. Grundsätzlich muss der Bundeszuschuss  
183 dynamisiert und vollständig an die tatsächlichen Ausgaben für versicherungsfremde  
184 Leistungen angepasst werden.

185 Steigende Zusatzbeiträge belasten die Versicherten, sie sind sozial ungerecht und für  
186 viele schwer leistbar. Die **EVG** fordert, die **Zusatzbeiträge** müssen **abgeschafft** werden.  
187 Zumindest müssen sie **gedeckelt**, ansonsten muss der **Zuschuss an Steuermitteln**  
188 **angehoben** werden. Das strukturelle GKV-Finanzdefizit ist nicht damit zu schließen,  
189 dass Beiträge erhöht werden.

190 Zudem muss der **Bund** seine **Finanzverantwortung** übernehmen und der GKV die **Beiträge**,  
191 für die durch sie versicherten **ALG II-Beziehenden**, **kostendeckend** zahlen.

192 Als weitere Stabilisierungsmaßnahme muss der **ermäßigte Mehrwertsteuersatz** von **sieben**  
193 **Prozent** für alle **frei zugänglichen Arzneimittel, Hilfs- und Heilmittel** gelten. So  
194 können die Ausgaben der Krankenkassen gesenkt werden.

195 Ab dem 1. Januar 2023 ist bei einer Krankschreibung nur noch die **elektronische**  
196 **Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU)** gültig. Die Digitalisierung des Verfahrens

197 löst die gedruckte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, den „gelben Schein“, ab.  
198 **Beschäftigte** dürfen dabei **keine Nachteile** in der **Entgeltfortzahlung** entstehen, sollte  
199 aufgrund technischer Fehler die Krankmeldung nicht rechtzeitig erfolgen oder  
200 verspätet beim Arbeitgeber eingehen. Die **EVG** setzt sich dafür ein, dass die  
201 erforderlichen **tariflichen und arbeitsrechtlichen Anpassungen** zeitnah umgesetzt  
202 werden.

### 203 **Für eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Pflegeversicherung**

204 Gute Pflege muss qualitativ hochwertige Versorgung sicherstellen. Sie darf weder  
205 Pflegebedürftige, deren Angehörige, noch Pflegende arm machen. Aus Sicht der **EVG** muss  
206 Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe solidarisch gestaltet, abgesichert und  
207 finanziert werden.

208 Die Pflegeversicherung um eine freiwillige, paritätisch finanzierte Vollversicherung  
209 zu ergänzen, die alle Pflegekosten absichert und vergleichbare Möglichkeiten für die  
210 private Pflegeversicherung zu schaffen, wie es die Ampelregierung im  
211 Koalitionsvertrag vorsieht, kritisiert die **EVG** scharf. Eine ergänzende freiwillige  
212 betriebliche Lösung für alle und das Einrichten einer privaten Säule zur zusätzlichen  
213 Finanzierung der Pflege lehnen wir ab. Die am häufigsten von schwerer  
214 Pflegebedürftigkeit betroffenen, Beschäftigte im Niedriglohnbereich sowie in kleinen  
215 und mittelgroßen Betrieben, könnten sich am wenigsten eine solche Lösung leisten, sie  
216 würden leer ausgehen. Die **EVG** fordert eine **Pflegebürgervollversicherung**, in die **alle**  
217 **einzahlen**, auch **Selbstständige** und noch zu **ernennende Beamte**, und die **sämtliche**  
218 **pflegerische Kosten** übernimmt.

219 Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland steigt. Die finanzielle Belastung von  
220 Menschen in Pflegeheimen wird für viele zum Armutsrisiko. Es braucht daher einen  
221 Paradigmenwechsel in der Pflegeversicherung. Aktuell gilt: Die Leistungen der  
222 Pflegekassen sind gedeckelt, alles darüber hinaus müssen die Pflegebedürftigen aus  
223 eigener Tasche bezahlen. Die **EVG** fordert, der **Sockel-Spitzen-Tausch** muss **vollzogen**  
224 **werden**. Die **Pflegekasse** übernimmt dabei alle **notwendigen, pflegebedingten Kosten** (die  
225 Spitze) und berechnet **dem/der Versicherten** einen **fixen begrenzten Eigenanteil** (den  
226 Sockel).

227 Die Absicht der Ampelkoalition, die Ausbildungskostenumlage in stationären  
228 Pflegeeinrichtungen aus den Eigenanteilen herauszunehmen, begrüßen wir. Für die **EVG**  
229 geht das jedoch nicht weit genug. Pflegebedürftige müssen noch immer die  
230 **Investitionskosten** selbst bezahlen. Das muss geändert, die **einzelnen Bundesländer**  
231 **verpflichtet** werden, diese **Kosten** zu **tragen**.

232 In den vergangenen Jahren haben immer mehr Private-Equity-Gesellschaften die Pflege  
233 als lukratives Geschäftsfeld für sich entdeckt. Die Position der **EVG** hierzu ist klar:  
234 **Pflege darf nicht zum Renditethema werden**. Es bedarf eines wirksamen Umsternens. Die  
235 Zeiten, in denen private Betreiber von Pflegereinrichtungen zweistellige  
236 Renditeerwartungen aus Sozialversicherungsbeiträgen und Steuermitteln erwirtschaften,  
237 müssen vorbei sein. Die **EVG** fordert, **Gewinnmaximierung** im Gesundheitswesen **muss**  
238 **reguliert werden**. **Gewinne** sind auch für eine **gute pflegerische und personelle**

239 **Versorgung zu reinvestieren.**

240 Eine gute pflegerische Versorgung ist eine der zentralen Herausforderungen im  
241 Gesundheitswesen. Dafür braucht es ausreichend qualifiziertes Personal, mehr Zeit für  
242 Pflegebedürftige, verlässliche und planbare Arbeitszeiten, Vereinbarkeit von Beruf  
243 und Familie sowie gesunde Arbeitsbedingungen. Die **EVG** fordert daher, dass in der  
244 **Altenpflege** endlich eine dauerhafte **angemessene bundeseinheitliche tarifliche**  
245 **Bezahlung** durch die jeweiligen Arbeitgeber auf den Weg gebracht wird. Ebenso ist die  
246 **Versorgung** durch das **Pflegepersonal sicherzustellen**, indem man die **Diskrepanz** der  
247 **Pflegepersonaluntergrenzen** in allen Pflegebereichen **abschafft**.

248 **Für eine Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes**

249 Das zentrale Instrument für einen wirksamen Arbeits- und Gesundheitsschutz ist die  
250 Gefährdungsbeurteilung. Sie ist eine gesetzliche Pflicht, seit Ende 2013 fordert das  
251 Arbeitsschutzgesetz explizit auch die Berücksichtigung der psychischen Belastung. In  
252 den Betrieben wird die Gefährdungsbeurteilung jedoch gar nicht oder nur unzureichend  
253 umgesetzt. Den Verantwortlichen wird ein zu breiter Spielraum eingeräumt. Hier muss  
254 die **Gesetzgebung schärfere Vorgaben** machen, so dass sich der **Arbeitgeber verpflichtet**  
255 **sieht**, die Gefährdungsbeurteilung durchzuführen. Zudem ist eine **Ergänzung** des  
256 **Arbeitsschutzgesetzes** um eine **Verordnung**, die den aktuellen Stand der  
257 **arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse** zu **psychischen Belastungen** am Arbeitsplatz  
258 berücksichtigt – eine **Anti-Stress-Verordnung** – notwendig.

259 Die **EVG** setzt sich gemeinsam mit dem DGB dafür ein, dass die **COVID-19 Erkrankung** für  
260 mehr **Berufsgruppen** und **Tätigkeiten** als **Berufskrankheit anerkannt** wird und diese in  
261 die Aufzählung der **Berufskrankheiten-Verordnung Nr. 3101** aufgenommen werden. Dazu  
262 zählen für uns **ausdrücklich die Beschäftigten im Verkehrssektor**.

263 Bislang noch zu wenig beachtet und zu wenig erforscht ist Long COVID, die  
264 Langzeitfolgen einer COVID 19-Infektion. Die gesundheitlichen Beschwerden sind  
265 erhebliche Herausforderungen für Patient:innen, das Gesundheitssystem und die anderen  
266 sozialen Sicherungssysteme. Die **EVG** fordert, **Betroffenen** muss eine **erleichterte**  
267 **übergreifende Inanspruchnahme von Leistungen** ermöglicht sowie **neue Reha-Kapazitäten**  
268 und **Therapieplätze** geschaffen werden.

269 Im August 2020 ist die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel in Kraft getreten, inzwischen  
270 wurde sie durch mehrere aktualisierte Fassungen angepasst. Die Regel ist begrenzt auf  
271 die Dauer der Pandemie. Die **EVG** setzt sich dafür ein, dass die **expliziten**  
272 **Vorschriften** der **SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel** für die **Beschäftigten im Außen- und**  
273 **Lieferdienst**, im **öffentlichen Verkehr**, im **Freien** und auf **Baustellen** in Bezug auf  
274 **sanitäre Anlagen wie Toiletten** und **Handwaschgelegenheiten** oder **Waschgelegenheiten**  
275 auch nach der Pandemie **Gültigkeit** haben.

276 Die Digitalisierung eröffnet den Beschäftigten neue Möglichkeiten für mehr  
277 Arbeitszeit- und Arbeitsortsoveränität. Die **EVG** und der DGB fordern einen **neuen**  
278 **Rechtsrahmen**, der einen **individuellen Rechtsanspruch** mit **kollektiven**  
279 **Gestaltungsrechten** und einer **Stärkung des Arbeitsschutzes** bei mobiler Arbeit und  
280 Homeoffice verbindet. Besonders Arbeits- und Gesundheitsschutz haben im Fokus zu

281 stehen, um Fehlbelastungen und Überlastungen, unbezahlte Mehrarbeit und permanente  
282 Erreichbarkeit zu vermeiden.

### 283 **Richtungswechsel in der Wohnungspolitik – für bezahlbaren** 284 **Wohnraum**

285 In Deutschland fehlen 6,3 Millionen Sozialwohnungen. Wir begrüßen, dass im  
286 Koalitionsvertrag der Bundesregierung der **Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr**  
287 erreicht werden soll, **davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen**. Auch sollen die  
288 **Bundemittel für den sozialen Wohnungsbau** inklusive sozialer Eigenheimförderung  
289 fortgeführt und erhöht werden. Es soll ein „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ mit allen  
290 wichtigen Akteuren entstehen. Eine neue Wohngemeinnützigkeit mit steuerlicher  
291 Förderung und Investitionszulagen soll eine neue Dynamik in den Bau und die  
292 dauerhafte Sozialbindung bezahlbaren Wohnraums erzeugen. Zudem ist ein Bund-  
293 Länderprogramm für Wohnen für Studierende und Auszubildende vorgesehen.  
294 **Die EVG fordert einen deutlichen Richtungswechsel in der Wohnungspolitik:**  
295 **Spekulationen mit Wohnraum müssen eingedämmt werden, um Verdrängungen zu verhindern**

296 **und eine Versorgung mit gutem Wohnraum für alle zu garantieren.** Dazu braucht es  
297 **gesetzliche Rahmenbedingungen für bezahlbare Mieten.** Im Koalitionsvertrag stehen  
298 einige Maßnahmen, die wir begrüßen: Geltende Mieterschutzregelungen werden evaluiert  
299 und verlängert. In angespannten Märkten wird die **Kappungsgrenze auf 11%** in drei  
300 Jahren abgesenkt (bislang 15%) und die Mietpreisbremse wird bis zum Jahre 2029  
301 verlängert. Qualifizierte Mietspiegel sollen gestärkt und in Großstädten  
302 verpflichtend werden. Aber: Ein **Mietendeckel**, wie wir ihn fordern, ist laut  
303 Koalitionsvertrag nicht geplant.

304 Wir fordern, dass die politischen Rahmenbedingungen für **bedarfsgerechte Investitionen**  
305 **in den Wohnungsbestand und -neubau** dringend verbessert werden.

306 Öffentliche und private Gebäude stehen für rund 40% des gesamten Energieverbrauchs  
307 und 20% des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland. Rund drei Viertel aller Wohnungen  
308 sind aus energetischer Sicht sanierungsbedürftig. Ihre **energetische Modernisierung**  
309 ist sowohl aus klimapolitischer Sicht als auch aufgrund des zunehmenden Drucks beim  
310 Energiebedarf dringend geboten, jedoch müssen **klare Regelungen zur Abgrenzung von**  
311 **Modernisierungs- und Instandhaltungskosten** geschaffen werden. Der Koalitionsvertrag  
312 sieht vor, dass das Wohngeld gestärkt und eine Klimakomponente eingeführt wird.  
313 Vermietende sollen künftig an den Kosten für Klimaschutzmaßnahmen (CO<sub>2</sub>-Preis) fair  
314 beteiligt werden.

315 Die im Koalitionsvertrag beabsichtigte **Eingliederung der nicht bahnnotwendigen**  
316 **Immobilien des Bundeseisenbahnvermögens (BEV) in die Bundesanstalt für**  
317 **Immobilienaufgaben (BImA) lehnen wir ab.** Dagegen sprechen schon die Erfahrungen,  
318 welche man bereits bei der Vermarktung von Wohnungen der Bundeswehr durch die BImA  
319 gesammelt hat. Zudem gilt es, jegliche (Stellen-)Einsparungen beim  
320 Bundeseisenbahnvermögen zu verhindern. Außerdem ist fraglich, ob die BImA derzeit  
321 überhaupt in der Lage ist, die nicht bahnnotwendigen Immobilien des BEV entwickeln zu

322 können. Die **Kompetenz für die Weiterentwicklung** der nicht bahnnotwendigen Immobilien  
323 **muss zwingend weiterhin beim BEV liegen**. Als EVG mahnen wir darüber hinaus zur  
324 Vorsicht, nach welchen Kriterien die Entscheidung, ob etwas bahnnotwendig ist,  
325 getroffen wird. Immobilien sollten nicht vorschnell abgegeben werden, um  
326 **Gestaltungsspielräume beim Ausbau der Bahninfrastruktur** nicht zu gefährden.

### 327 **Fahrvergünstigungen als Sozialleistung**

328 Die EVG setzt sich für die Angleichung der Arbeitsbedingungen aller Kolleg:innen in  
329 ihrem Organisationsgebiet ein. Dies bezieht den Bereich der Fahrvergünstigungen ein,  
330 die als Sozialleistung ein hohes Gut sind. Es muss weiterhin Ziel der EVG bleiben,  
331 auf eine **Gleichbehandlung der Kolleg:innen bei den Fahrvergünstigungen** hinzuwirken.  
332 Dazu gehört, weitere DB-Unternehmensbereiche in den Geltungsbereich des  
333 Konzernfahrvergünstigung-Tarifvertrags aufzunehmen, aber auch, gegenüber  
334 Aufgabenträgern und Unternehmen auf eine **Anerkennung bzw. Gewährung von**  
335 **Fahrvergünstigungen in der gesamten Branche** zu drängen.

336 Die EVG hat sich zusammen mit dem DGB erfolgreich dafür eingesetzt, dass die  
337 **monatliche Freigrenze für einen steuerfreien Bezug von Sachleistungen**, die seit dem  
338 Jahr 2004 unverändert bei 44 Euro lag, zum 1.1.2022 **auf 50 Euro angehoben** worden ist.  
339 Das hat positive Auswirkungen auf die Steuerfreiheit von Fahrvergünstigungs-Tickets.  
340 Da allerdings aufgrund inflationsbedingt steigender Sachbezugswerte für  
341 fahrvergünstigte Fernverkehrstickets künftig erneut eine Überschreitung der  
342 monatlichen Steuerfreigrenze drohen würde, fordert die EVG, die **Freigrenze** für den  
343 steuerfreien Sachbezug zu **dynamisieren** und in kürzeren zeitlichen Abständen,  
344 **spätestens aber nach drei Jahren, an die Preisentwicklung anzupassen**.

## **Empfehlungsart VB für Antragsberatung**

Annahme